

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsgesellschaft bei täglich zweimaliger Herausgabe...
Druck u. Verlag: Leipzig & Neudamm, Dresden-N. I., Marienstraße 39/42, Fernruf 25261. Postfachkonto 1068 Dresden.
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberverwaltungsamt Dresden.

Druck u. Verlag: Leipzig & Neudamm, Dresden-N. I., Marienstraße 39/42, Fernruf 25261. Postfachkonto 1068 Dresden.
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberverwaltungsamt Dresden.

Verlagsgesellschaft bei täglich zweimaliger Herausgabe...
Druck u. Verlag: Leipzig & Neudamm, Dresden-N. I., Marienstraße 39/42, Fernruf 25261. Postfachkonto 1068 Dresden.
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberverwaltungsamt Dresden.

Um Deutschlands Forderungen

Kolonialausssprache im englischen Oberhaus

Die Regierung gegen Revision des Mandatsystems

London, 18. Februar.

Im Oberhaus fand am Mittwoch eine Aussprache über das Mandatsystem statt. Zugrunde lag ein Antrag des Labourvertreter Lord Noel Buxton, der die britische Regierung aufforderte, mit den Regierungen der Dominions und der anderen kolonialen Mächte Fühlung zu nehmen, damit das Mandatsystem in geeigneten Fällen auf britische und andere Kolonien angewandt und die Wirkfamkeit der Konvention von St. Germain (1919) auf dem Revisionswege erweitert werde. Nach langer Aussprache lehnte Lord Plymouth diesen Antrag jedoch im Namen der Regierung ab.

Zur Begründung dieses Antrages erklärte Lord Noel Buxton, eine Erweiterung des Mandatsystems würde dazu beitragen, die Friedenssicherungsverhältnisse zum Erfolg zu verhelfen. Sein Vorschlag betrafte zunächst, daß die anderen Kolonialmächte und Dominions gemeinsam mit England geeignete Kolonien unter das Mandatsystem stellen müßten. Was das Abkommen von St. Germain von 1919 angeht, so sei eine Revision nach 10 Jahren vorgesehen gewesen. Dieser Zeitpunkt sei heute überfällig. Deutschland sei Partner des ursprünglichen Vertrages gewesen, aber 1919 ausgeschlossen worden. Jetzt sei die Gelegenheit gekommen, Deutschland zurückzubringen. Er gebe offen zu, daß England dem Krieg zuzusehen, wenn es die Kolonien als eine „Schlossene Reservierung“ behandelte.

Die Frage laute, ob die heutige Lage als dauerhaft angesehen werden könne. Bilde man sich etwa ein, daß England in 50 oder 100 Jahren keine Kolonien noch wie Gebiete behandeln werde, in denen andere Staaten weder kaufen noch verkaufen dürften? Das Bedürfnis nach Märkten bilde einen wichtigen Teil der deutschen Kolonialforderungen. In seiner vor Monaten in London gehaltenen Rede habe Buxton von Ribbentrop eine Erweiterung der Märkte als eine vernünftige Lösung bezeichnet. Der Schaden, der Deutschland und anderen unbedrängten Staaten durch das von den Kolonialmächten eingeführte System der Vorkaufsbehandlung zugefügt werde, sei beträchtlich. Durch einen Kolonialaustausch allein könnten die wirtschaftlichen Probleme Deutschlands nicht gelöst werden.

Kolonien sind kein Privatbesitz

Eine Erleichterung der wirtschaftlichen Lage würde ein Schritt zum Frieden sein. Anderen Nationen zu erklären, daß sie keine Kolonien haben dürften und auch kein Recht hätten zu einem freien Warenverkehr mit den Kolonien Englands, widerspreche der Politik der „Noblesse oblige“. Vertrauen sei für die Friedenssicherung ein wesentlicher Faktor, aber wirtschaftliche Ungerechtigkeiten behinderten das Vertrauen. Kolonien dürften nicht wie Privatbesitz behandelt werden. Nicht nur Deutschland, sondern auch andere Nationen würden von der englischen Politik der Ausschließlichkeit betroffen.

Der Redner kam dann erneut auf die Revision des Abkommens von St. Germain zu sprechen. Er sagte, daß Deutschland der Haupt Urheber des Berliner Vertrages gewesen sei, der das Kongobeden-System geschaffen habe. Es wäre nur recht und billig, wenn man Deutschland jetzt wieder zulasse, nachdem die Erdkrümmung der Kriegszeit der Vergangenheit angehört. Der deutsche Handel erlaube sich in Zentralafrika nicht der Gleichberechtigung. Deutschland sei in hohem Maße an dem Handel in weiten Gebieten Afrikas vom Mittel zum Mittel und vom Atlantischen bis zum Indischen Ozean interessiert. Hier biete die Zukunft ein Feld unbegrenzter Entwicklungen.

Afrika braucht die deutsche Industrie

Die Politik der offenen Tür wolle durch Verträge und Anleihen erweitert werden. In Afrika brauche man die deutsche Industrie und die deutsche Wissenschaft. Beide würden hier ein weites Betätigungsfeld haben. Deutschlands tatsächliche Bedürfnisse würden durch eine Erweiterung des Mandatsystems zum größten Teil befriedigt werden. Es würde sich um eine Welt handeln, die auch Englands Interessen wahren würde. Schon vor dem britischen Imperium habe es Kolonialreiche gegeben, die ihre Kolonien wie privaten Grundbesitz behandelten und die heute von der Weltöffentlichkeit verurteilt seien. England wolle sein Reich nicht als „besitzlosen“ machen. Bisher sei es die Anwendung des Mandatsystems, die zu diesem Ziele führe.

Gegenantrag der Konservativen

Der konservative Lord Buxton brachte einen Gegenantrag ein, der den dahingehenden Teil des Vorschlages gegenstandslos machen will, gewisse Kolonien unter das Mandatsystem zu stellen. Der Redner glaubte, daß eine Lösung des Problems eher auf wirtschaftspolitischen Gebieten als durch verwaltungsmäßige Änderungen gefunden werden könne.

Der Labour-Vertreter Lord Knox betonte, daß in der Frage sofort etwas geschehen müsse. Das Abkommen von St. Germain sei ein eindeutiger Bruch des Mandatsystems, der in vielen fremden Staaten starke Ablehnung ausgelöst habe.

Er glaube, daß bei einer Annahme des von Buxton gemachten Vorschlages die psychologische Wirkung auf die internen

nationalen Beziehungen, besonders hinsichtlich Deutschlands, gewaltig wäre, während England einen verhältnismäßig geringen materiellen Verlust erleiden würde.

Der Oppositionsliberale Lord Crewe sagte, die völlige Befreiung des deutschen Kolonialanspruchs durch den Versailles Vertrag sei ein politischer Fehler gewesen, woraus sich allerdings nicht (?) ergebe, daß es möglich sein würde, diese Besitzungen an Deutschland zurückzugeben. Bisher sei keine auf wirtschaftlichem Gebiet ein Fortschritt erzielt worden, wenn man Deutschland die gleichen Gelegenheiten zum Erwerb der von ihm benötigten Erzeugnisse gebe.

Die Regierung lehnt ab

Als Vertreter der Regierung erklärte der Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, Lord Plymouth, jeder Vorschlag, der die volle Souveränität zugunsten des Mandatsystems ausgedehnt, müsse unermesslich viele Schwierigkeiten hervorrufen, wo es sich um britische Gebiete handele, deren Bewohner Fremden seiner Majestät seien. Die Dominions und die fremden Länder könnten die britische Regierung nur schwer veranlassen, die in dem Antrag

enthaltenen Vorschläge anzunehmen. Der Vorschlag bedeute nicht nur eine völlige Reorganisation des Kolonialsystems Englands und anderer Länder, sondern auch eine völlige Reorganisation des Systems der Überwachung bei der Anwendung der Mandate in Genf. Was Deutschland auf wirtschaftlichem Gebiet offenbar wolle, seien Maßnahmen, die den Einfluß von Kolonialgebieten in das deutsche Wirtschaftsgebiet sowie die Einführung der deutschen Wirtschaftsbeschränkungen vorsehen. Angesichts solcher Beschränkungen würde die Politik der offenen Tür vollkommen bedeutungslos werden. Wenn Buxton Deutschland in den Kreis der Kolonialmächte zurückbringen wolle, dann müsse er, Plymouth, darauf erwidern, daß Deutschland innerhalb des Kongobeden nicht so behandelt werden sei, als ob es Partei der Konvention von St. Germain wäre. Lord Plymouth behauptete weiter, er könne Ziffern beibringen, aus denen sich ergebe, daß Deutschland keine Schwierigkeiten beim Abfall seiner Waren im Kolonialreich habe und daß es alle Ausfußgenehmigungen erhalten könne, die es brauche. Er glaube, ohne weiteres sagen zu können, daß England sich seiner Handelspolitik gegenüber Deutschland nicht zu schämen brauche. Die unmittelbare Anwendung der Mandatsbestimmungen und einer Politik der offenen Tür in allen tropischen Kolonien würde nur dazu führen, daß der Handel an Länder mit einem niedrigen Arbeitsstandard gehe, abgesehen davon, daß es Deutschland oder irgendeinem anderen Lande, das vielleicht einen höheren Arbeitsstandard hätte, nicht helfen würde. Besonders Japan würde auf allgemeine Rohstoffe Europas hieraus Nutzen ziehen.

Die Regierung bedauere, nicht inwände zu sein, den Antrag Buxtons und den Abänderungsantrag Lugsards anzunehmen. Sie glaube, daß die wirtschaftlichen Schwierigkeiten besser in den Beratungen des „Highways Committee“ behandelt werden könnten, der demnächst in Genf zusammenkomme.

Nachdem der Arbeiterpartei Lord Strachey seine Enttäuschung über die Antwort der Regierung ausgedrückt hätte, wurde die Angelegenheit fallen gelassen und das Oberhaus verlag.

Moskau legt sein doppeltes Spiel in Spanien fort

Sowjetrussischer Rüstungskredit von über 20 Millionen Reichsmark für Valencia eröffnet

Paris, 18. Februar.

Das „Echo de Paris“ will wissen, daß die sowjetrussische Regierung den bolschewistischen Machthabern in Valencia einen Kredit in Höhe von über 20 Millionen Reichsmark eröffnet habe, der durch die Goldbarren der Bank von Spanien garantiert sei. Dieser Kredit solle zum Kauf von sowjetrussischem Kriegsmaterial dienen. Das spanische Gold, so erklärt das Blatt, sei bereits an Bord des Dampfers „Sancti Tome“ in Odessa eingetroffen. In Toulouse, so berichtet das Blatt weiter, seien an Bord des Fluggeschusses der Strecke Valencia-Paris 20 Kisten Gold im Gewicht von 1000 Kilogramm eingetroffen.

Seefahrt vor Tarragona

Der kommunistische Sender Madrid teilt mit, daß unweit der Küste bei Tarragona ein Gefecht zwischen drei bolschewistischen und zwei nationalen Kriegsschiffen stattgefunden hat. Angesichts der Überlegenheit der nationalen Seestreitkräfte mußten die Bolschewisten mit erheblicher Havarie flüchten. Bei dem Gefecht kam der französische kommunistische Abgeordnete Basselli um, der sich seit einiger Zeit bei den Bolschewisten in Spanien aufhielt.

Bolschewisten beschlagnahmen belgische Sodafabrik

Der bolschewistische Sender Madrid berichtet, daß ein Abgesandter der bolschewistischen Regierung in Valencia nach Torrelavega, an der Provinz Santander, abgereist ist, und dort die bedeutende Sodafabrik des belgischen Solvay-Konzerns beschlagnahmt wird. In Valencia habe man in Zusammenhang hiermit erklärt, daß sich jeder Betrieb,

gleichgültig ob er im Besitz von In- oder Ausländern sei, den bolschewistischen Anordnungen fügen müsse.

Pappstücke als bolschewistisches Notgeld

In Sowjetspanien beginnt bereits das Notgeld- und Notalgeldwesen sich auszubreiten. So hat die Ortschaft Almonara, in der Provinz Castellon, als einziges Zahlungsmittel verschiedenfarbige Pappstücke eingeführt, die mit dem Stempel eines „Revolutionärskomitee“ versehen sind.

Schwere Verluste der Bolschewisten

Die Madrider Division meldet, daß die in der Nähe des Ortes verlusten vergeblichen Angriffe des Feindes auf die nationalen Stellungen viele Leute kosteten. Ebenso wurde ein bolschewistischer Angriff auf die strategisch eroberte Ortschaft La Marañosa (Jarama-Gebiet) abgewiesen. Zwei von sechs Tanks, die den Angriff unterstützten hatten, wurden zerstört. Im Jarama-Gebiet setzten die nationalen Truppen langsam ihren Vormarsch fort und verbesserten ihre Stellungen. Drei bolschewistische Tanks wurden vernichtet.

Drei Sowjetbomber abgeschossen

Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten

Paris, 18. Februar.

Nach einer Meldung aus Valencia sind gestern von der spanischen nationalen Fliegerabwehr vier Flugzeuge der Bolschewisten, die einen Angriff auf die Stellungen der Nationalisten vorgenommen hatten, abgeschossen worden. Wie es heißt, habe es sich zum Teil um viermotorige Bombenflugzeuge neuester sowjetrussischer Konstruktion gehandelt. Zwei Sowjetpiloten gelang es, sich durch Fallschirmsprünge zu retten. Bei ihrer Gefangennahme äußerten sie, daß sie erst am 2. Februar nach Spanien gekommen seien.

Durchhardt Völkerverbundskommissar in Danzig

Genf, 18. Februar.

Vom Völkerverbundskommissariat wurde am Donnerstagvormittag folgende Mitteilung ausgeben: Gemäß der Entscheidung des Rates vom 17. Januar hat der amtierende Reichspräsident nach Beratung der Vertreter Englands, Frankreichs und Schwedens, als Mitglieder des Dreier-Komitees für die Danziger Frage, sowie des polnischen Vertreters des Professor Carl Burckhardt, Mitglied des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, für die Dauer von drei Jahren zum Kommissar des Völkerverbundes in Danzig ernannt.

Gleichzeitig wird die Ernennung von Admiral Sokolnik, Vizekonsul der Sowjets in Paris, zum Untergeneralsekretär des Völkerverbundes bekanntgegeben.

Reiche Jagdbeute Görings in Dialewieza

Warschau, 18. Februar.

Nach polnischen Meldungen hatte Ministerpräsident Generaloberst Goring am Mittwoch bei der Staatsjagd ungewöhnlich reichliche Jagdbeute. Er brachte drei Wölfe und zwei Reiter zur Strecke. Bei der gleichen Jagd wurden noch zehn Reiter und drei Hunde geschossen.

Baugerät auf dem Pariser Ausstellungsgebäude eingekürzt. Das eiserne Baugerät des Messamerpavillons auf dem Pariser Ausstellungsgebäude wurde auf bisher unbekannter Ursache ein. Der Pavillon hat eine Länge von 85 Meter bei einer Breite von 12 und einer Höhe von 10 Meter. Glücklicherweise ereignete sich der Einsturz während der Frühstückspause der Arbeiter, so daß Opfer nicht zu beklagen sind.